

Berliner Tageblatt

Nr. 505 • Ausgabe B Nr. 251
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 505

und Handels-Zeitung

Geschäftsleiter: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Französische Stimmen über Oberschlesien.

Französische Industrie im ober-schlesischen Industriegebiet.

„Alles ging am Schnürchen“ — unter deutscher Zeitung.
Ein französischer General über Deutschland.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 2. November.

Die Zeitung „Bon Soir“ hat einen Sonderberichterstatter nach Oberschlesien geschickt, der die Verhältnisse in den Grenzgebieten sehr wohl schildert. Er hat Katowitz, Königshütte, Hindenburg und Myslowitz besucht und will nirgends etwas von Unruhe und Verunsicherung bemerkt haben, von der deutsche Blätter erzählen. Der Korrespondent schildert, der allgemeine Eindruck ist, daß man arbeitet und in Ruhe erwartet, was kommen wird. Von Unruhe ist keine Rede. Allerdings besteht eine gewisse Unruhe bei den deutschen Industriellen, welche sich vor der „polnischen Schwärmer“ fürchten. Bisher war alles nach deutscher Methode geordnet, und es wäre unnütz, zu leugnen, daß alles an dem Schnürchen ging. Der ganze komplizierte Mechanismus des Industriegebietes funktioniert mit dem ununterbrochenen und regelmäßigen Rhythmus. Diese Tatsache soll man nicht verfehlen. Man soll die deutsche Organisation vielmehr studieren, damit man sie nachahmen kann (!). Die gleiche bewährte Methode müsse in Anwendung bleiben; die Vollkommenheit der großartigen wirtschaftlichen Maschinen dürfte nicht angezweifelt werden. Wenn die deutschen Industriellen Ingenieure und Arbeiter unter den bisherigen Bedingungen weiter arbeiten könnten, würden sie ihre Tätigkeit nicht aufgeben, denn sie verlangen nichts anderes. Die Deutschen fürchten nicht die Polen, sondern ihre Arbeitsmethode (!). Wenn ihre gute Methode gestört werden könnte, dann würden sie gute politische Unterthanen sein. Wenn es gar gelingt, den Polen etwas von deutscher Organisation beizubringen, dann gebe es keine Sorge. (Es kann das Bestreben „wenn“ nicht wahr! Die Red.)

Es sieht es im „Bon Soir“. Die Verweigerung über die Stimmung der Deutschen in den gewissam abgetrennten Gebieten im französischen Tendenz machte aber im günstigsten Falle Beweise einer vollkommenen Abhängigkeit des Westens. Was der Korrespondent aber über die deutsche Organisation im Industriegebiet sagt, sollte den Franzosen eigentlich zu denken geben. Denn daß die Polen diesen großartigen Mechanismus mehr im Betrieb erhalten noch nachahmen können ist auch den Gegnern

bereits seit langem klar. Die Zeit wird bald kommen, in der das Unrecht von Genf auch dem Winden so deutlich bemerkbar sein wird wie die unergänzlichen und unveränderlichen Rechte Deutschlands auf dieses von ihm geschaffene Arbeitsland.

„Deuxes“ veröffentlicht einen sehr lehrreichen Aufsatz des Generalen Verzag über den Verhandlungen, aber sehr langen Titel: „Die Völker, die einander helfen, verletzen ihre eigenen Interessen.“ General Verzag spricht an ein Wort des Herrn Poincaré an, der einmal bemerkt hat, daß es von jetzt vernünftige Deutsche gebe. Er rät dem ehemaligen Präsidenten, eine Weile durch Deutschland zu machen und mit recht vielen Leuten aller Klassen zu sprechen. Dann würde er solche eifrigeren Urteile vermeiden. General Verzag schreibt: „Wenn Herr Poincaré diese Worte unternehmen hätte, dann wäre er vielleicht sehr überrascht über die Bitterkeit gewesen, mit der man ihm angehört hat. Man hätte ihn angehört, wie man mich selbst angehört hat, und bei allen, zuweilen leidenschaftlichen Meinungsäußerungen ist doch nirgends die Absicht zu erkennen gewesen, eine Unterhaltung abzulehnen. Kommt man aber schließlich, indem einer die Ansicht des anderen kennen lernen, nicht zu der Möglichkeit, sich zu verständigen?“ Herr Verzag hat mit Ministern, Parlamentariern, Kaufleuten, Gelehrten, Industriellen und Arbeitern gesprochen und überall wurde gefunden, die der Meinung sind, daß Frankreich und Deutschland, wenn sie voreinstimmig auch noch auf die gegenseitigen Gefühle Rücksicht nehmen, sich sehr gut über Fragen von gemeinsamen Interesse einigen könnten. Die Warnung vor dem Krieg, mit dem in Deutschland alle Franzosen verlost werden, sei lächerlich. Verzag habe in Gesellschaften und Konferenzen aller Art, in der Straßenbahn und auf der Straße nur Redefreiheit und Entgegenkommen gefunden, obwohl er niemals den Franzosen wegzugehen habe. Er schließt seine Beobachtungen mit folgenden Worten: „Ich bin fest davon überzeugt, daß die oft erwähnten deutschen Dabenswörungen zwar durch eine geschickte Propaganda gefördert sind, daß sie aber die gewissenhafte Beachtung gemeinschaftlicher Interessen auch leicht verringert werden können und müssen. Die abendlichen Arbeitertreffen werden nur gefährlich, wenn wir ihnen allzu große Wichtigkeit beimessen. Durch unsere Beachtung sind sie fast geworden. Wenn wir mit der Politik, die sie kräftig gemacht hat, fortfahren, werden sie noch weiter zunehmen. Aber es ist noch Zeit, diese Entwicklung zu vermeiden. Wir brauchen zu diesem Zweck keine Empfindungen zu verletzen, wir brauchen nur nach einem Ausgleich der Interessen zu suchen.“

Der Schritt der Demokraten.

Von
Dr. Ernst Feder.

Das Kabinett Birrh hat demissioniert, weil es in seiner außenpolitischen Mission gescheitert ist. Das Kabinett Stegerwald ist zurückgetreten, weil es seine innenpolitische Aufgabe nicht gelöst hat. Ihm war lediglich die Aufgabe gestellt, die breite Koalition von Mehrheitssozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei zu schaffen. Deshalb wurde auch bei Bildung des Kabinetts die einseitige Verbreiterung nach links oder nach rechts die eine war (so gut möglich wie die andere) abichtlich vermieden. Daß das Kabinett vorher positive Arbeit nicht leisten konnte, zeigt ein Blick auf die Verhandlungssession. Sie hatte sich in der Hauptsache mit Interpellationen zu beschäftigen, und der Haushalt für 1921 ist heute, im ersten Monat des Jahres, noch nicht verabschiedet, so daß er voraussichtlich erst mit dem Etat 1922 zusammen erledigt wird.

Das Kabinett Stegerwald stand unmittelbar vor der Lösung seiner Aufgabe. Anfang voriger Woche schien die große Koalition im Reich gelöst zu sein. Der Bildung der Reichsregierung wäre eine entsprechende Kombination in Preußen automatisch gefolgt. Über das Arbeitsprogramm war man einig, die Personalfragen boten keine großen Schwierigkeiten mehr. Da vereitelte die Haltung der Deutschen Volkspartei, ähnlich wie im Mai, alle diese Absichten. Der außenpolitisch so schädliche Vertrauensbruch der Volkspartei, der aus parteiaktiven Gründen die in einer vertraulichen Besprechung abgegebene Erklärung der sozialdemokratischen Parteiführer an die Öffentlichkeit brachte, ist ein Verstoß gegen die Sozialdemokratische Parteistellung im Reich haben der Sozialdemokratie den Anlaß zu der Erklärung, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei zurzeit unmöglich sei. Diese Absage verknüpfte sich mit einer Kampfanzeige an die bisherige Regierung.

Das aus Zentrum und Demokraten bestehende Kabinett sah sich also vor die Alternative gestellt, entweder von der Linken gelöst oder von der Rechten gelöst zu werden. Die eine Möglichkeit war für die Demokraten im unerträglichen Maße die andere. Die Situation war aber vor allem unklar angesichts der politischen Lage im Reich, wo die Rechte in klarer Opposition gegen das aus Zentrum und Sozialdemokraten gebildete, von den Demokraten geführte Kabinett steht. Deshalb haben die Demokraten mit Recht die Situation als eine solche betrachtet, in der die Zurückziehung ihrer Minister aus der Regierung den Rücktritt des ganzen Kabinetts herbeiführt. Ihr Schritt verdient Billigung, weil er ausdrückt, was ist, der scheidenden Reife ein Ende macht und den Verhandlung zwingt alsbald eine arbeitsfähige Regierung zu schaffen. Deshalb sollte dieser Schritt auch, abgesehen von den deutschen Interessen im Reich, als ein Akt der Weisheit angesehen werden. Von den heutigen Morgenblättern verhalten sich denn auch nur die deutschnationalen Organe abnehmend.

Man hat einen Zusammenhang zwischen der Haltung der Demokraten im Reich und in Preußen konstruiert. Aber es liegt auf der Hand, daß ihr Rücktritt in Preußen von einer anderen Absicht geleitet ist als ihr Ausscheiden im Reich. Der Rücktritt im Reich war ein Akt der Weisheit, dem der im Reich zugrunde lag, an der Regierung nicht mehr teilnehmen, wobei die Klarheit dieses Entschlusses, dem mit Recht eine zu starke Abhängigkeit von der Volkspartei vorgeworfen wurde, dadurch verdeckelt wird, daß von den drei demokratischen Ministern Geblert im Amt verblieb, während die beiden übrigen unterwarf, und schließlich die Regierung dem politischen Verhandlungen übernahm, deren Zielsetzung im Mittelpunkt der Regierungskrise gestanden hatte. Anders liegen die Dinge in Preußen. Hier bedeutet der übrigens einstimmig gefasste Beschluß der Fraktion einen Schritt der Aktivität, der eine arbeitsfähige Regierung schaffen will, an welcher die Demokraten unter gewissen Voraussetzungen teilzunehmen bereit sind.

Wie wird das neue Kabinett aussehen? Theoretisch sind, nachdem das Scheitern der breiten Koalition der Wille zum Sturz des Kabinetts Stegerwald geführt hat, nur noch zwei Möglichkeiten gegeben: eine Koalition des Zentrums mit den beiden Reichsparteien oder eine Koalition des Zentrums mit Mehrheitssozialisten und Demokraten. Praktisch scheidet die erste Möglichkeit aus. Denn eine Vermählung des Zentrums mit der Linken im Reich, mit der Rechten in Preußen dürfte auch über die Kraft einer elastischen Partei weit hinausgehen. Wenn somit, wie wir glauben, sich hierin eine kleine Koalition in Frage kommt und sich hierzu eine Vereinbarung zwischen den Parteien der alten Koalition herausbildet, dann sollte diese Koalition so schnell wie möglich gebildet werden. Der schwierige und gefährliche Weg, der bei der letzten Regierungskrise im Reich zu Unrecht gewählt wurde, der vorangehende Verhandlung der Fraktionen, ist in Preußen nicht zu umgehen, da die Verhältnisse die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag vorsehen. Es wird aber erforderlich sein, daß die Fraktionen diesmal das Notwendige sogleich tun.

Wenn sich jetzt die Koalition ohne die Deutsche Volkspartei vollzieht, so kann sie doch unter Umständen nicht ohne Rücksicht auf diese Partei gelöst werden. Wir glauben, auch hierüber wird eine Verständigung der drei alten Koalitionsparteien möglich sein, insbesondere weil Steuerreform und Verwaltungsreform, zwei Aufgaben die sich nicht mehr lange verschleppen lassen, nur von einer Regierung mit breiter Basis gelöst werden können. Der sozialdemokratische Abgeordnete Steinhilber hat in einer Rede vor dem Reichstag ausgeführt, daß die Volkspartei sich augenblicklich kündigen

Eine Entdeckung des Herrn Lefèvre.

Die Felddienstordnung der Reichswehr.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 2. November.

Der frühere Kriegsminister André Lefèvre hat nunmehr einen Beweis dafür erbracht, daß Deutschland für den „Reichswehrkrieg“ rüstet. Den Zeugen, den er für die Behauptung aufstellt, wird, nach seiner Ansicht, die deutsche Regierung nicht verleugnen können. Der General v. Seekt gelangt in als Zitel in seinen Buchstaben in einem Artikel des „Journal“ zu lesen, der ein Dokument vom angeblich „angehörten“ „Wichtigkeit“ behandelt, nämlich die für die Reichswehr herausgegebene neue Felddienstordnung. Für dieses Buch hat General v. Seekt das Vorwort geschrieben. In diesem Vorwort ist der Satz zu lesen, den Herr Lefèvre als „das Geheimnis“ betrachtet. Dieser Satz lautet: „Die Felddienstordnung will zugrundelegen die Verfassung, die Bewaffnung und die Ausrüstung der modernen Arme eine militärische Großmacht, und nicht nur die deutsche Arme von hunderttausend Mann, die wir nach dem Friedensvertrag haben dürfen.“ In dieser deutlich bezeichneten Fiktion äußert Herr Lefèvre, daß Gefahr im Verzuge sei. Er bedeutet die Leute in Frankreich, die mit einem chloroformierten Weltaufschlag über der Nase herumgingen (!), um nur nichts von Gefahren hören und sehen zu müssen. Wenn die Östlichen immer wiederhören, daß in Deutschland weder Menschen noch Material vorhanden seien, dann sei das ein Verstummen. Wenn es sich lohnen sollte, seien genügend Männer da, die ihre Ausbildung im letzten Krieg erhalten hätten; dauere es noch etwas länger, dann werde von dem Herrn D. ein ausgebildete Schar der Portugiesen das nötige Material stellen. Die Geschäfte und sonstige Kriegsmaschinen bringe die großartige deutsche Technik, die sich im Akt der Kriegsbereitstellung befinden, in kurzer Zeit fertig. Deshalb freut sich Herr Lefèvre, daß wenigstens mit der Behauptung der Deutschen Werke ein Anfang gemacht werden soll. (!)

In dem vom 1. September 1921 datierten, vom General v. Seekt verfaßten Vorwort heißt es: „Die Volkswirtschaft, die Bewaffnung und Ausrüstung des Reiches einer neuzeitlichen militärischen Großmacht als Grundlage an, nicht nur das nach dem Friedensvertrag gebildete deutsche 100 000-Mann-Heer.“

Daß damit nur gelagt werden soll, die Reichswehr müsse in ihrer militärischen Längigkeit größeren modernen Heeren gleichen, und daß nicht gelagt werden soll, im Frieden Bewaffnung und Ausrüstung müßten über die im Friedensvertrag angegebenen Grenzen hinaus vermehrt werden ist völlig klar. Herr Lefèvre weiß das auch ganz genau, aber da er keine Gelegenheit verliert, um gegen Deutschland die öffentliche Meinung und die Politiker aufzureizen, so entstellte er absichtlich den Sinn jenes Satzes. Aufmerksamer hinter dem von Herrn Lefèvre zitierten Satz aber helfen in dem Vorwort andere Sätze, die der ehemalige

französische Kriegsminister anscheinend nicht wiedergegeben hat. Es heißt da:

„Nur wenn wir die Erinnerung an die unsentontagene Kampfmittel (Flieger, schwere Artillerie, Kampfwagen usw.) nicht erlöschen lassen, werden wir in der Lage sein, die den Kampf gegen einen neuzeitlich ausgerüsteten Feind zu bestehen. Ihr Fehlen darf nicht zu Gunsten vor dem Angriff führen. Größere Beweglichkeit, bessere Ausbildung, Gewandtheit in der Geländeausnutzung, häufige Zuhilfenahme der Nacht, vielen anderen Eigenschaften.“

Hier wird also mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Reichswehr nicht die „Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung“ einer neuzeitlichen militärischen Großmacht“ erlangen könne — was übrigens selbstverständlich ist. Wenn Herr Lefèvre, wie es scheint, diese Sätze unterzögen hat, so hat er eine ganz gewöhnliche Fälschung begangen.

Die Krise der irischen Verhandlungen.

(Privatmeldung.)

London, 2. November.

Gestern früh hat Lloyd George die irischen Vertreter nach Downing Street eingeladen. Um 11 Uhr fand im Hause des Premierministers eine Besprechung der Interkommissionen statt. Diese Besprechung dauerte nur eine halbe Stunde und dann wurde festgestellt, daß vielleicht abends eine Plenarsitzung der Konferenz stattfinden würde. Sofort, nachdem die irischen Abgeordneten Lloyd George verlassen hatten, trafen die anderen Mitglieder ein und es wurde eine Vollziehung des britischen Kabinetts abgefaßt. Im Vordergrund steht jetzt die von den Sinnfein-Abgeordneten gestellte neue Forderung, daß Südr Irland auch die südlichen Grafschaften Tyrone und Fermanagh von Ulster erhalten solle, weil die Mehrheit der Bevölkerung dort katholisch sei und für Sinnfein gestimmt habe. Ulster hat sich dieser Forderung widersetzt und behauptet, daß das Gesetz, das Tyrone und Fermanagh zu Ulster schlug, jetzt nicht einseitig wieder geändert werden könne. Man betrachtet im allgemeinen die Lage als sehr gefährlich und glaubt, daß ein Abbruch der Verhandlungen jeden Augenblick eintreten kann. Es steht aber fest, wenn die Verhandlungen scheitern würden, als allgemeine Wahlen stattfinden werden, ehe die britische Regierung zu Gewaltmaßnahmen übergeht.

London, 2. November. (M. T. B.) „Daily Chronicle“ berichtet, daß Lloyd George seinen Blick auf der „Republik“, die Sonnabend nach Amerika abfährt, abwehrte hat.

Die „Times“ berichten, die Stimmung sowohl in Sinnfein, als auch in Regierungskreisen sei für die Aussichten der irischen Konferenz wieder hoffnungsvoller. Laut „Daily Mail“ (welche die Konferenz jetzt eine Lösung auf einer ganz Irland umfassenden Grundlage. Es würde daher nicht überraschend sein, wenn demnächst Craig eine Einladung erhalten sollte, als Vertreter Ulsters an der Konferenz teilzunehmen. „Daily News“ zufolge muß die Grenze Ulsters und insbesondere die Frage der Zugehörigkeit Tyrone und Fermanagh entschieden werden; wenn die Konferenz wegen dieser Frage scheitern sollte, so würde Lloyd George eher zurücktreten, als daß Land vor einen Bürgerkrieg stellen.